



**STADT MEERBUSCH
DER BÜRGERMEISTER**

Niederschrift

über die Sitzung des **Rates** am 20. Mai 2010

Tagesordnung		Seite
Anwesenheit		3
I	ÖFFENTLICHE SITZUNG	4
1.	Einwohnerfragestunde	4
2.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 12, Meerbusch-Büderich, Hohegrabenweg; Änderungen der äußeren Gestaltung von zwei Wohngebäuden	5
3.	Grundstücksangelegenheiten; Verkauf des Grundstücks Gonellastraße 32-34 in Meerbusch-Lank- Latum	5
4.	Bebauungsplan Nr. 270, Meerbusch-Strümp, Gustav-van-Beek-Allee, westlicher Abschnitt; Änderung des Aufstellungsbeschlusses	5
5.	Gesamtstädtisches Einzelhandels- und Zentrenkonzept	6
5.1	Räumliche und funktionale Einstufung der Zentralen Versorgungsbereiche im Meerbuscher Stadtgebiet im Rahmen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für Meerbusch	6
5.2	Darstellung nur eines verbundenen Nebenversorgungszentrums von der Dorfstraße bis zum Deutschen Eck entlang der Düsseldorfer Straße; Abweichung von den Empfehlungen des Gutachtens	7
5.3	Darstellung nur eines verbundenen Nebenversorgungszentrums entlang der gesamten Hauptstraße; Abweichung von den Empfehlungen des Gutachtens	7
5.4	Ergänzung und Erweiterung des Nebenversorgungszentrums entlang der Meerbuscher Straße nach Osten über die Bahnlinie hinaus; ggf. Abweichung von den Empfehlungen des Gutachtens	8
5.5	Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes	10
5.6	Beschluss der Meerbuscher Sortimentsliste	11
5.7	Darstellung der Zentralen Versorgungsbereiche	11
6.	Bebauungsplan Nr. 295, Meerbusch-Osterath, Kindergarten Insterburger Straße; Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	12
7.	Grundstücksangelegenheiten; Verkauf von städtischen Baugrundstücken	12
8.	Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Integrationsrates der Stadt Meerbusch am 7. Februar 2010	13
9.	Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2009 – 2014	13
10.	Änderung des Stellenplanes	14
10a.	Vorstellung und Entscheidung über den Ausbau des „kombinierter Rad- und Gehweg Friedenstraße in Meerbusch-Büderich“	14
10b.	Städtepartnerschaft mit der japanischen Stadt Shijonawate	15
11.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2009	16
12.	Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 Abs. 1-3 GemHVO vom Haushaltsjahr 2009 nach 2010 im Rahmen des Jahresabschlusses 2009	16
13.	Genehmigung einer dringlichen Entscheidung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 11. März 2010	16
14.	Anträge der FDP-Fraktion vom 1. und 2. März 2010 auf Ausschussumbesetzungen	16
15.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. März 2010 auf Ausschussumbesetzung	17
16.	Anfragen	17
17.	Bericht der Verwaltung	17
18.	Termin der nächsten Sitzung	17

Anwesenheit

Sitzungsort: Städtisches Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, Meerbusch-Strümp

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.50 Uhr

Anwesend

sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Spindler

von der CDU-Fraktion:

die Ratsfrauen Gröters, Hermanns, Joliet-Heising, Kox, Pricken, Schoppe (bis TOP 10a), Steinforth und sowie die Ratsherren Becker, Damblon, Dr. Hemmen, Herlitz (bis TOP 10), Hoppe, Jung, Jürgens (bis TOP 21), Kunze (bis TOP 11), Lerch, Meffert, Radmacher (bis TOP 5), Rennertz (bis TOP 21), Stüttgen (bis TOP 5), van Vreden (bis TOP 19), Wartchow und Wehrspohn,

von der SPD-Fraktion:

die Ratsfrauen Niederdellmann, Niederdellmann-Siemes (bis TOP 19) und Niegeloh sowie die Ratsherren Eimer (bis TOP 5), Focken, Grund, Jüngerkes (bis TOP 5) und Neuhausen (bis TOP 19) ,

von der FDP-Fraktion:

die Ratsfrauen Büchner, Schmidt und Wellhausen sowie die Ratsherren Burkhardt, Dorfner, Gabernig, Meyer-Ricks (ab TOP 1), Rettig, Schleifer, Dr. Schmidt-Menschner und Dr. Schumacher (bis TOP 5.4),

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":

Ratsfrauen Dr. Schomberg und Stockmann sowie die Ratsherren Becker (bis TOP 10a), Fliege, Peters, Ruyter und Schmitz-Linkweiler (bis TOP 6, ab TOP 9)

von der UWG-Fraktion:

Ratsfrau Glasmacher (bis TOP 19) und Ratsherr Staudinger-Napp

sowie Ratsherr Schoenauer - fraktionslos,

von der Verwaltung:

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage,

Techn. Beigeordneter Dr. Gérard,

Bürgermeisterreferentin StOAR'in Scholten

Zentrale Dienste: StVD Wirtz, StAfrau Heidbreder

Service Finanzen: StVD Fiebig

Rechnungsprüfungsamt: StVD Fox

Fachbereich 4: TA Hüchtebrock

Es fehlen:

Ratsherr Dr. Brennecke (FDP) sowie Ratsherr Müller (Zentrum)

Schifführer

Jürgen Wirtz

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Bürgermeister Spindler mit, dass die mit Schreiben vom 10. Mai 2010 angekündigten Ergänzungen der Tagesordnung unter Punkt 10a und 10b, das Einverständnis des Rates vorausgesetzt, beraten werden.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes beantragt für die SPD-Fraktion die Vertagung des TOP 5.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		23	
FDP	10		
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen		7	
UWG	2		
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt:	21	31	-

Damit ist der Vertagungsantrag angelehnt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes beantragt für die SPD-Fraktion, den TOP 5 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu streichen. Nach ihrer Ansicht sei die Öffentlichkeit beim Einzelhandelskonzept nicht ausreichend beteiligt worden. Nach § 23 GO NRW sind die Einwohner über alle bedeutsamen Angelegenheiten zu unterrichten. Das Einzelhandelskonzept betreffe den Bürger unmittelbar, die damit verbundenen Auswirkungen seien für ihn zu spüren. Darüber hinaus sei nicht geklärt, ob Fördermittel zurückzuzahlen seien, insofern sei die Angelegenheit nicht entscheidungsreif. Ratsfrau Wellhausen schließt sich der Argumentation an und verweist darauf, dass die Bezirksregierung das Einzelhandelskonzept in der vorliegenden Form ablehne.

Ratsherr Damblon zeigt sich verwundert über die Argumentation der SPD-Fraktion. Keine Angelegenheit sei so ausführlich in der Öffentlichkeit diskutiert worden, wie dieses Konzept. Ratsherr Peters verweist darauf, dass es sich hier um die Verabschiedung des Einzelhandelskonzeptes handle. Zur Frage der Größe und Ausgestaltung des Frischemarktes sei im noch anstehenden Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren zu entscheiden. Der Prozess werde lediglich angestoßen. Ratsherr Staudinger-Napp (UWG) unterstützt den Vertagungsantrag.

I ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einwohnerfragestunde

1.1 Frau Dr. Blaum (BUND Meerbusch) verweist auf die Planungen zum Kohlekraftwerk in Krefeld-Uerdingen. Insbesondere von Nierster Bürgern sei der BUND verstärkt auf die Problematik angesprochen worden. Sie frage daher, was die Stadt Meerbusch zu tun gedenke, um diese zusätzliche Umweltbelastung für die Meerbuscher abzuwehren. Sie interessiere insbesondere, wie informiert werde und ob es zu der Thematik eine Bürgerversammlung gebe.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage antwortet, dass die Stellungnahme der Stadt Meerbusch zum Kohlekraftwerk gerade erarbeitet werde. Der Bau- und Umweltausschuss sowie der Ausschuss für Planung und Liegenschaften werden sich mit der Thematik noch ausführlich befassen. Zudem habe man die Frist zur Abgabe der Stellungnahme im Einvernehmen mit der Bezirksregierung noch verlängern können, so dass auch der Rat sich abschließend in seiner Sitzung am 24. Juni mit dem Problem beschäftigen könne. Zudem stehe die Verwaltung in sehr intensivem Austausch mit dem Bürgerverein Nierst.

1.2 Frau Achten fragt unter Bezugnahme auf den TOP 5 der Tagesordnung, wie der Rat sich die Situation im Osterather Ortskern vorstelle, wenn der Frischemarkt auf dem Ostara-Gelände gebaut würde. Vor dem Hintergrund der unklaren Lage sei kein Eigentümer bereit zu investieren. Die Zukunft des Ortskernes stehe daher in den Sternen. Es sei mit weiter sinkenden Umsätzen zu rechnen.

Bürgermeister Spindler bittet um Verständnis, dass er nicht in der Lage sei, die teilweise differierenden Vorstellungen der einzelnen Fraktionen wiederzugeben. Er verweise auf die unter TOP 5

zu erwartende Diskussion, aus der sich dann die einzelnen Auffassungen und Vorstellungen ergeben würden.

2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 12, Meerbusch-Büderich, Hohegrabenweg; Änderungen der äußeren Gestaltung von zwei Wohngebäuden

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt den Änderungen des Vorhaben- und Erschließungsplans zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 12, Meerbusch Büderich, Hohegrabenweg bezüglich der äußeren Gestaltung der geplanten Neubebauung auf den Flurstück Nr. 194, Flur 41 der Gemarkung Büderich und den daraus resultierenden planungsrechtlichen Befreiungen zu.

Die Anlagen zum Durchführungsvertrag (Vorhaben- und Erschließungsplan) werden entsprechend ausgetauscht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Grundstücksangelegenheiten; Verkauf des Grundstücks Gonellastraße 32-34 in Meerbusch-Lank-Latum

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

Beschluss:

1. Das Grundstück Gonellastraße 32-34, Gemarkung Lank, Flur 3, Flurstück-Nr. 486, groß 3.418 m² soll zum Verkauf ausgeschrieben werden. Neben einem ansprechenden städtebaulich-architektonischen Entwurf sollen an diesem zentralen Standort altengerechte Wohnformen gefördert werden.
2. Das Haus Gonellastraße 34 („Villa Löwenburg“) soll in seiner äußeren Gestaltung erhalten werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		2
FDP	11		
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	51	-	2

4. Bebauungsplan Nr. 270, Meerbusch-Strümp, Gustav-van-Beek-Allee, westlicher Abschnitt; Änderung des Aufstellungsbeschlusses

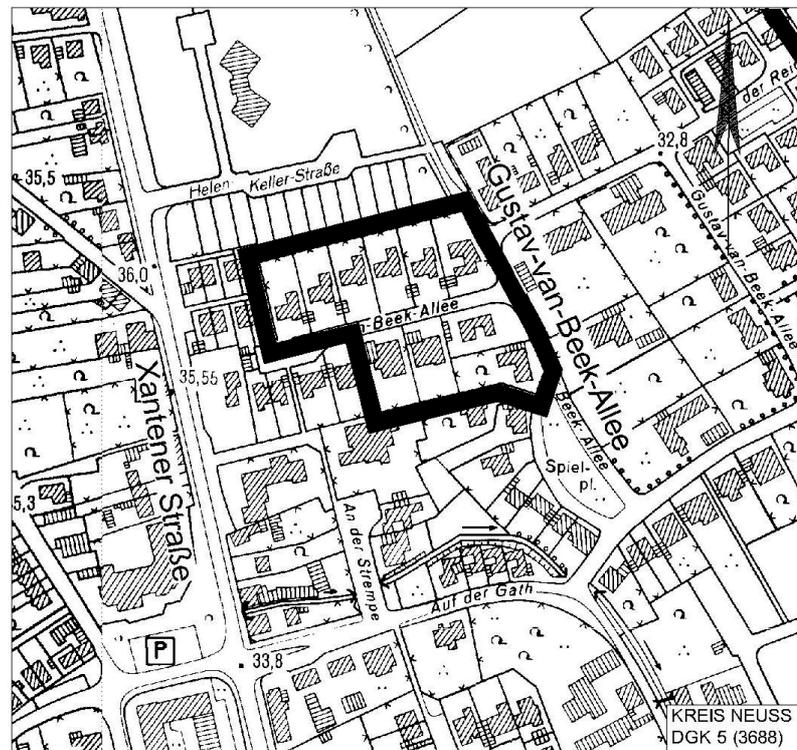
Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

Beschluss:

Der Rat der Stadt ändert seinen Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 270, Meerbusch-Strümp, Gustav-van-Beek-Allee, westlicher Abschnitt vom 26. September 2002 gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch -BauGB- vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB.

Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes umfasst nunmehr teilweise die Baugrundstücke Gustav-van-Beek-Allee 34 bis 44 und 54 bis 60 mit dem dazugehörigen Straßenabschnitt und ist im Übersichtsplan gekennzeichnet.

Ziel der Planung ist weiterhin die Reduzierung des Maßes der baulichen Nutzung gegenüber den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 74, damit das städtebaulich homogene Bild des Straßenzuges nicht durch Dachgeschossaufstockungen beeinträchtigt wird.



Mit dem Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 74 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Gesamtstädtisches Einzelhandels- und Zentrenkonzept

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

5.1 Räumliche und funktionale Einstufung der Zentralen Versorgungsbereiche im Meerbuscher Stadtgebiet im Rahmen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für Meerbusch

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

- a) Der gutachterlichen Bewertung, dass Meerbusch – unter Beachtung seiner polyzentrischen Struktur – nicht über ein Hauptversorgungszentrum verfügt, wird gefolgt. Somit wird auf die Darstellung eines Hauptversorgungszentrums verzichtet.
- b) Für die Stadtteilzentren Buderich, Osterath, Lank-Latum wird der gutachterlichen Empfehlung gefolgt, diese jeweils als Nebenversorgungszentren darzustellen. Die Teilzentren Bovert und Strümp werden als Nahversorgungszentren dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

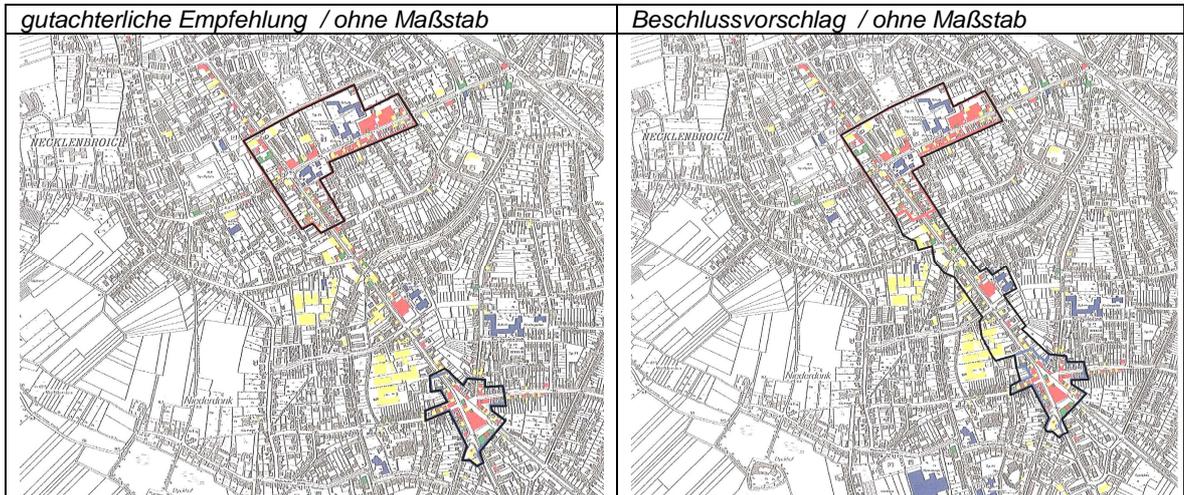
einstimmig

5.2 Darstellung nur eines verbundenen Nebenversorgungszentrums von der Dorfstraße bis zum Deutschen Eck entlang der Düsseldorfer Straße; Abweichung von den Empfehlungen des Gutachtens

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Darstellung nur eines verbundenen Nebenversorgungszentrums von der Dorfstraße bis zum Deutschen Eck entlang der Düsseldorfer Straße.

Auf die Darstellung eines separaten Nahversorgungsbereiches „Deutsches Eck“ wird dementsprechend verzichtet.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP		11	
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen		7	
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	33	20	-

Ratsherr Rettig führt aus, dass die Verbindung der Budericher Versorgungsbereiche nicht sinnvoll ist. Zwar liege zwischen beiden, mit einer großen Anzahl von Betrieben, die Düsseldorfer Straße jedoch seien die beiden vorhandenen Bereiche an der Dorfstraße und dem Deutschen Eck zu stärken. Der dazwischen liegende Bereiche sei weiterzupflegen, jedoch nicht auszubauen.

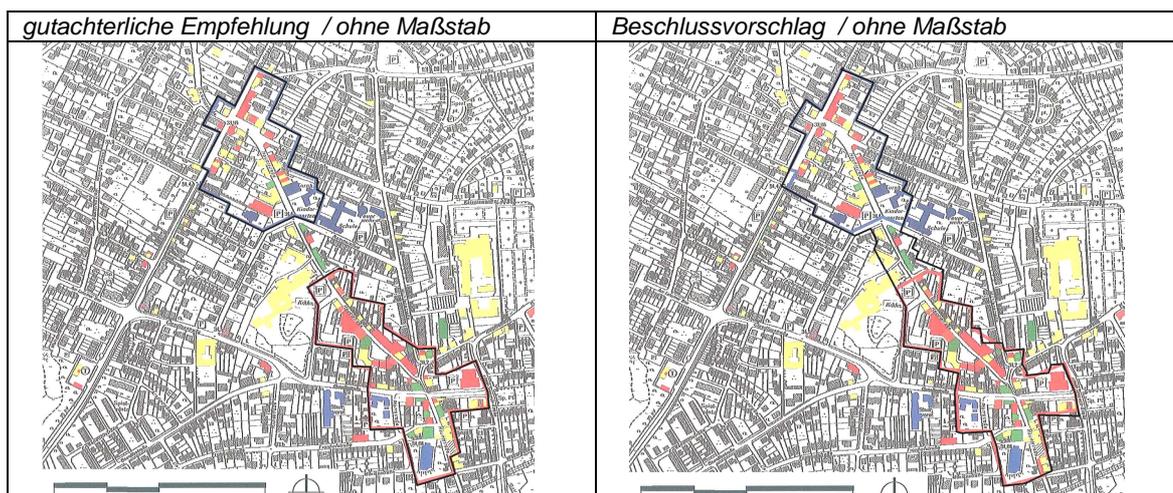
Ratsherr Peters erklärt, dass seine Fraktion keine Verbindung beider Bereiche wolle und somit der Auffassung des Gutachters folge.

5.3 Darstellung nur eines verbundenen Nebenversorgungszentrums entlang der gesamten Hauptstraße; Abweichung von den Empfehlungen des Gutachtens

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Darstellung nur eines verbundenen Nebenversorgungszentrums entlang der gesamten Hauptstraße.

Auf die Darstellung eines separaten Nahversorgungsbereiches wird dementsprechend verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP		11	
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	40	13	-

5.4 **Ergänzung und Erweiterung des Nebenversorgungszentrums entlang der Meerbuscher Straße nach Osten über die Bahnlinie hinaus; ggf. Abweichung von den Empfehlungen des Gutachtens**

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Vor der späteren Einleitung der Änderung des Flächennutzungsplanes, mindestens jedoch des bebauungsplanes, ist verbindlich mit der Bezirksregierung zu klären, ob sich durch die Planungen Rückzahlungsverpflichtungen für die Stadt Meerbusch ergeben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah entsprechende Klärungen mit der Bezirksregierung einzuleiten.

3. Es ist sicherzustellen, dass sich für die Stadt Meerbusch keine finanziellen Aufwendungen durch Rückzahlungsverpflichtungen ergeben. Für den Fall möglicher Erstattungen sind entsprechende Vereinbarungen mit dem Investor zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP	11		
SPD		8	
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt:	42	11	-

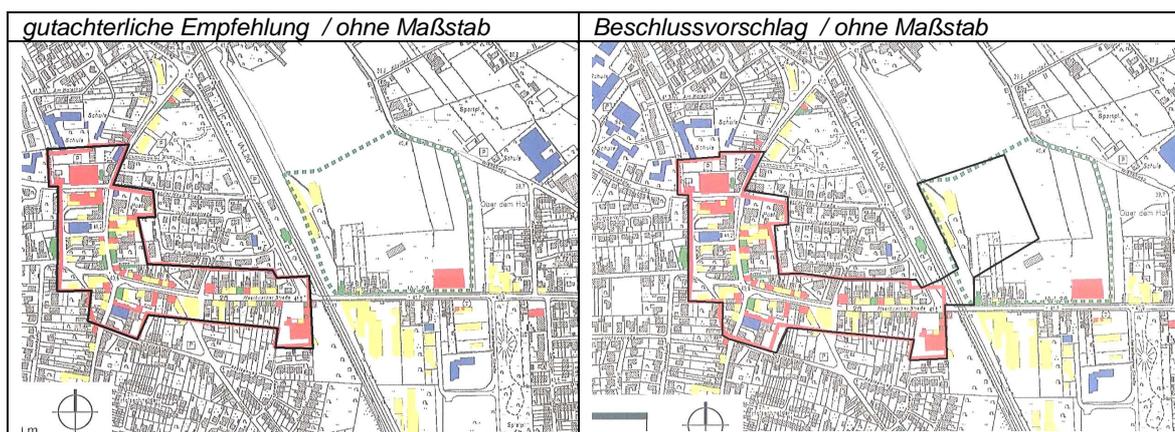
Ratsfrau Niederdellmann-Siemes beantragt namentliche Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Ergänzung und Erweiterung des Nebenversorgungszentrums entlang der Meerbuscher Straße nach Osten über die Bahnlinie hinaus.

Beabsichtigt ist hier die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes mit einer max. Verkaufsfläche von 4100 m². Nicht auszuschließende negative städtebauliche Auswirkungen auf den westlich der Bahn vorhandenen Ortskern Osteraths werden dabei in Kauf genommen.

Der Rat der Stadt lehnt die im Zusammenhang mit der Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 indirekt beantragte Ausweitung des Nebenversorgungszentrums über das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 266 hinaus ab.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP		11	
SPD		8	
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt:	31	22	-

Die Liste der namentlichen Abstimmung liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Bürgermeister Spindler erläutert eingangs, dass eine Klärung bezüglich einer möglichen Rückzahlung von Landeszuschüssen noch nicht mit der Bezirksregierung herbeigeführt werden konnte, da die entsprechende Bearbeiterin noch in Urlaub sei. Herr Dr. Gérard habe für den 31. Mai einen Termin vereinbart. Verwaltungsseitig gehe man davon aus, dass nur der letzte der drei Zuwendungsbescheide eine Rückforderung begründen kann. Hier gehe es um einen Betrag von 35.000 €. Sollte dieser Betrag zurückzuzahlen sein, habe der Investor zugesagt die Kosten hierfür zu übernehmen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, die Enge der Abstimmung zeige, wie schwierig und bedeutend die Entscheidung sei. Sie habe weitreichende Auswirkungen auf den Einzelhandel in Osterath. Schon jetzt gebe es Umsatzeinbrüche und die von Frau Achten vorgetragene Argumente ließen erkennen, welche Auswirkungen das alles auf die Menschen habe. Das Gutachten habe die gravierenden Folgen beschrieben und sie appelliere an CDU und Grüne, ihre Sicht zu überdenken. Sie beantrage namentliche Abstimmung.

Ratsherr Neuhausen fragt nach, ob der Investor auch bereit sei, die im Raume stehenden 750.000 € Zuschuss zu übernehmen, wenn es zu einer Rückzahlung komme und ihm sei zudem nicht klar, wieso eine Klärung mit der Bezirksregierung bis heute nicht herbeigeführt werden konnte. Herr Dr. Gérard erklärt nochmals, dass die zuständige Hauptdezernentin in Urlaub weile und sie daher erst zum abgesprochenen Termin zur Thematik befragt werden könne.

Ratsherr Schleifer erklärt, die Rückzahlung des Zuschusses sei ein Nebenschauplatz. Die Empfehlungen des GMA-Gutachtens seien klar und nachvollziehbar. Der Frischemarkt in der geplanten Größe sei eine existentielle Gefahr für alle etablierten Betriebe im Ortskern. Dort wären derzeit 38 Betriebe mit rund 4.100 qm Verkaufsfläche und einem Umsatz von 20 Mio. €. Dies alles würde aufs Spiel gesetzt.

Ratsfrau Wellhausen unterstützt die Ausführungen und versteht die ganze Eile nicht. Ende des Monats würde hinsichtlich der möglichen Zuschussrückzahlung Klarheit bestehen. Danach könne man immer noch entscheiden. Zudem appelliere sie an das ökologische Gewissen. Der Supermarkt würde 4.000 qm Fläche versiegeln und nochmals 400 Parkplätze würden geschaffen.

Ratsherr Damblon erklärt, dass der Frischemarkt mit 4.000 qm Größe natürlich Auswirkungen auf den Ortskern habe. Er sei aber fest davon überzeugt, dass dies positive Auswirkungen seien. Keines der im Ortskern angebotenen Sortimente wären im Frischemarkt zu finden, lediglich im Lebensmittelbereich gäbe es Überschneidungen. Es würde nichts in Frage gestellt, sondern es käme etwas hinzu, was die Gesamtsituation verbessere. Aus ökologischer und technischer Sicht handele es sich hierbei um ein Highlight.

Ratsherr Staudinger-Napp erklärt, die UWG stehe bei den Einzelhändlern. Solange der Tunnel unter der Bahn auch nicht da sei, würden die Anwohner im Verkehr ersticken.

Ratsherr Peters erklärt, dass das Projekt aus ökologischer Sicht sinnvoll sei. Es handele sich um eine industrielle Entwicklungsfläche. Diese zu überplanen sei sinnvoller, als weitere Flächen im Außenbereich zu versiegeln. Außerdem sei zu sehen, dass derzeit die Kaufkraft in die Nachbarstädte abfließe und auch hierdurch eine hohes nicht wünschenswertes Verkehrsaufkommen erzeugt werde.

Ratsherr Neuhausen verweist auf die negative Entwicklung in Krefeld-Uerdingen. Ratsfrau Prieken erklärt, mit der Entscheidung pro Frischemarkt sei man beim Bürger. Zudem werde der Kaufkraftabfluss gesenkt. Sie handele nach der Maxime: hier lebe ich – hier kaufe ich. Insofern sei das Projekt zu begrüßen.

In der Folge wird der Antrag der Grünen, den Beschlussvorschlag zu ergänzen, ausführlichst diskutiert. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, ob die darin formulierte Kopplung ggf. den Beschluss unwirksam mache, weil dies als Bedingung zu verstehen sei. Auch werden in der weiteren Diskussion die angesprochenen Gesichtspunkte ausgiebig von allen Fraktionen diskutiert.

Bürgermeister Spindler fasst anschließend das Ergebnis der Diskussion zusammen und lässt zunächst über die drei sich aus dem Antrag der Grünen ergebenden Aufträge an die Verwaltung abstimmen. Sodann erfolgt namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften-

5.5 **Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Meerbusch – einschließlich der Abweichungen – als konzeptionelle Grundlage der Einzelhandelsentwicklung für die Stadt Meerbusch. Somit stellt das Konzept ein städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 (6) Nr. 11 Baugesetzbuch dar.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP		10	
SPD		8	
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt:	31	21	-

5.6 Beschluss der Meerbuscher Sortimentsliste**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Meerbuscher Sortimentsliste (*siehe Anlage zur APL-Sitzung vom 19. Januar 2010, TOP 4.0*), die die zentrenrelevanten und nicht-zentrenrelevanten Sortimente stadtbezogen definiert, als Instrumentarium zur Steuerung des Einzelhandels insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP		10	
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG			2
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	40	10	2

5.7 Darstellung der Zentralen Versorgungsbereiche**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Zentralen Versorgungsbereiche im Flächennutzungsplan -FNP- darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
FDP		10	
SPD		8	
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG			2
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	32	18	2

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Darstellung des „Siedlungsschwerpunktes“ in Strümp aus dem FNP herauszunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

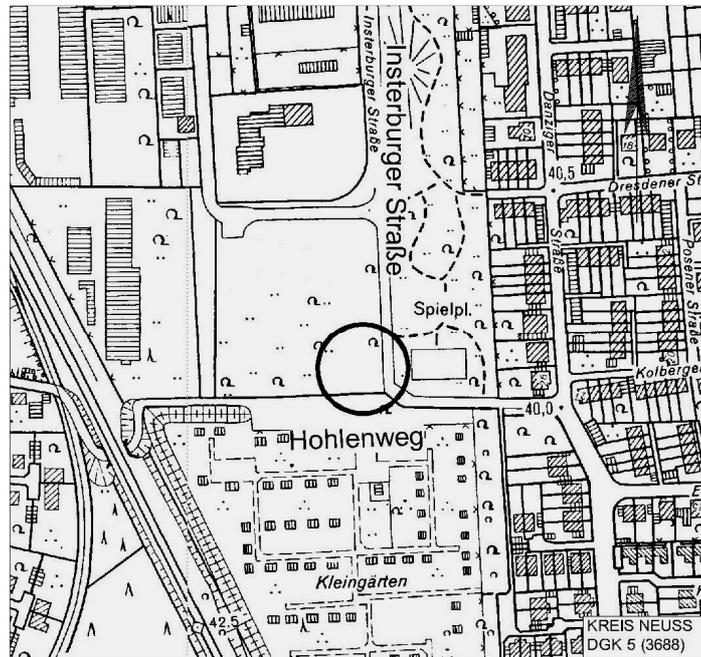
6. **Bebauungsplan Nr. 295, Meerbusch-Osterath, Kindergarten Insterburger Straße; Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Bebauungsplan Nr. 295, Meerbusch-Osterath, Kindergarten Insterburger Straße, als Satzung gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch -BauGB- vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV.NRW. S. 950).

Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes umfasst teilweise die Flurstücke 1190, 1233 und 1235 der Flur 5 der Gemarkung Osterath und ist im Übersichtsplan gekennzeichnet.



Gleichzeitig wird die Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 9 (8) BauGB beschlossen.

Dabei machte sich der Rat ergänzend die vom Ausschuss für Planung und Liegenschaften am 4. Mai 2010 beschlossene Abwägung zur öffentlichen Entwurfsauslegung zu Eigen. Die Abwägungen lagen dem Rat der Stadt in der Fassung der Niederschriften der Sitzungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften vom 4. Mai 2010 vor. Die zu den Abwägungsbeschlüssen des Ausschusses gehörenden Vorlagen mit den eingegangenen Stellungnahmen waren dem Rat bekannt.

Mit dem Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten die entgegenstehenden Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 53 A und Nr. 173 A außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7. **Grundstücksangelegenheiten; Verkauf von städtischen Baugrundstücken**

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

Beschluss:

Die städtischen Baugrundstücke im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 287, Meerbusch-Büderich, Kanzlei (Ingrid-von-Schmettow-Straße) werden - abweichend vom aktuell geltenden Baulandrichtwert für Wohnbaugrundstücke für den Ortsteil Büderich (derzeit 440,00 €/m²) - weiterhin zum Preis von 420,00 €/m² veräußert.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	20		1
FDP	10		
SPD	6		
Bündnis 90/Die Grünen		6	
UWG	2		
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	40	6	1

8. Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Integrationsrates der Stadt Meerbusch am 7. Februar 2010

Ratsherr Jung berichtet aus dem Wahlprüfungsausschuss.

Beschluss:

Der Wahlprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch festzustellen, dass keiner der Fälle des § 40 Abs. 1 a) bis c) Kommunalwahlgesetz vorliegt und die Wahl des Integrationsrates der Stadt Meerbusch vom 7. Februar 2010 gem. § 40 KWahlG für gültig zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2009 – 2014

Ratsherr Rettig stellt den Antrag, die Beschlussfassung zu vertragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
FDP	10		
SPD		6	
Bündnis 90/Die Grünen		7	
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt:	10	38	

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Brandschutzbedarfsplan in der Fassung der Fortschreibung für den Zeitraum 2010 – 2014 als Rahmenkonzept für die Feuerwehr Meerbusch und nimmt insbesondere das unter Pkt. 5.4 formulierte Schutzziel sowie die zur Erreichung dieser Schutzziele erforderlichen Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
FDP		10	
SPD	6		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	38	10	

Ratsherr Rettig verweist auf die offenen Fragen und die Sicherheitsaspekte. Eine Dringlichkeit sei nicht zu sehen, insofern könne die Entscheidung vertagt werden.

Ratsherr Herlitz erklärt, dass man den Eindruck haben könne, dass die gelieferten Antworten der FDP nie ausreichen würden. Die offenen Fragen könnten in der gebildeten Arbeitsgruppe zusammen mit Verwaltung und Feuerwehr besprochen werden. Die Entscheidung zu vertagen sei nicht sinnvoll. Der Plan stelle den Rahmen für die künftige Entwicklung der Feuerwehr dar.

10. Änderung des Stellenplanes**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die aufgeführten Stellen der Sozialarbeiter/-innen im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes der Stadt Meerbusch nach Entgeltgruppe S 14 des Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst auszuweisen und den Stellenplan als Anlage zur Haushaltssatzung entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
FDP		10	
SPD	6		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	38	10	

Bürgermeister Spindler berichtet von den Beratungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

Ratsfrau Wellhausen führt aus, dass die FDP der Stellenausweisung nicht zustimmen könne, da dies im Hinblick auf andere Stellen nicht gerechtfertigt erscheine. Die Ratsherren Peters und Neuhäuser weisen auf die besondere Stellung und die stark belastende Tätigkeit der Mitarbeiter/-innen des ASD hin und erklären, dass für sie die Stellenausweisung nach S 14 TVöD nachvollziehbar sei.

10a. Vorstellung und Entscheidung über den Ausbau des „kombinierter Rad- und Gehweg Friedenstraße in Meerbusch-Büderich“**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die Entscheidung über den Ausbau des kombinierten Rad- und Gehweges auf der Friedenstraße zwischen Moerser Straße und Brühler Weg zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	20		
FDP	10		
SPD	3		3
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	44		3

Bürgermeister Spindler erklärt, dass der Bau- und Umweltausschuss die Entscheidung über den Bau des Radweges vertagt habe. Im Hinblick auf die hohen Kosten auch für die Stadt Meerbusch solle die Entscheidung über den Ausbau zunächst zurückgestellt werden.

10b. Städtepartnerschaft mit der japanischen Stadt Shijonawate**Beschluss:**

Der Rat beschließt, eine Städtepartnerschaft mit der japanischen Stadt Shijonawate einzugehen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	19		
FDP	10		
SPD	6		
Bündnis 90/Die Grünen	6		
UWG		2	
Zentrum	-	-	-
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	43	2	

Bürgermeister Spindler erläutert, dass der Ältestenrat entschieden habe, das Thema auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Ratsherr Staudinger-Napp erklärt, dass seine Fraktion eine derartige Partnerschaft nicht für sinnvoll erachte. Zum einen gebe es aufgrund fehlender Sprachkenntnisse Verständigungsprobleme, die Kosten seien zu hoch und auch die große Entfernung zu Japan spreche dagegen.

Ratsfrau Niederdellmann erklärt, auch ihre Fraktion habe Bedenken. Man frage sich, wie sich hieraus eine stabile Partnerschaft entwickeln solle. Auch sei nicht zu erkennen, welche Gemeinsamkeiten, außer dem Gründungsjahr, beide Städte haben. Schon der Austausch mit Fouesnant gestalte sich schwierig. Die Verwaltung müsse ein Konzept erarbeiten, wie der Austausch aussehen solle.

Bürgermeister Spindler erinnert an die Diskussion im Ältestenrat. Der Auftrag an die Verwaltung, sich um eine Partnerstadt aus Japan zu kümmern, stamme aus dem Jahre 2008. Im Hauptausschuss sei mehrfach berichtet worden. Die heute vorgetragenen Argumente seien damals schon bekannt gewesen. Der Besuch des Bürgermeisters sollte dazu genutzt werden, die Positionen beider Partner zu erkunden, um dann gemeinsam an Konzeptionen der Partnerschaft zu arbeiten. Im Gegensatz zur SPD empfinde er die Partnerschaft mit Fouesnant auch nicht als schwierig, sondern neben dem Schüler- und Sportleraustausch seien viele Gruppen immer wieder im Gespräch.

Ratsherr Peters erklärt, dass man seitens der Fraktionen die Verwaltung auf den Weg geschickt habe. Es sei klar, dass die Partnerschaft anders auszugestalten sei, als die mit Fouesnant.

Ratsherr Meffert erklärt, dass er diese angestrebte Partnerschaft als Bekenntnis zur japanischen Kultur und gegenüber den japanischen Mitbürgern sehe. Ratsfrau Wellhausen erklärt, dass die FDP für eine Partnerschaft sei.

11. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2009

Der Rat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

12. Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 Abs. 1-3 GemHVO vom Haushaltsjahr 2009 nach 2010 im Rahmen des Jahresabschlusses 2009

Der Rat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Herr Fiebig erläutert ausführlich die Haushaltssituation. Der Haushalt des Jahres 2009 werde, obwohl eine „rote“ Null angestrebt war, mit einem Defizit abschließen. Dies sei die Folge der Pendlerpauschale. Beim derzeit laufenden Haushalt 2010 sieht es so aus, dass der im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Defizit genannte Betrag von 9,9 Mio. € gehalten bzw. leicht unterschritten wird. Der Haushalt 2011, soviel sei heute schon klar, müsse im konsumtiven Bereich sehr eng gefahren werden. Die Aufwendungen müssten gesenkt, die Erträge gesteigert werden. Zwar sei die regionalisierte Steuerschätzung noch nicht da, doch sei klar, dass im investiven Bereich kein Raum für neue Maßnahmen sei. Auch sei nicht alles, was sich aus der langfristigen Planung ergibt, zu realisieren. Hierzu müssten in den Haushaltsberatungen 2011 die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

In der anschließend Diskussionen ergeben sich verschiedene Fragestellungen. Noch offene Fragen klärt der Kämmerer mit Ratsherrn Schleifer.

13. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 11. März 2010

Beschluss:

Der Rat genehmigt die dringliche Entscheidung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 11. März 2010 bez. des Erlasses der als Anlage beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14. Anträge der FDP-Fraktion vom 1. und 2. März 2010 auf Ausschussumbesetzungen

Beschluss:

Der Rat beschließt nachstehende Änderungen der Ausschussbesetzungen:

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter	setze zusätzlich	Siegfried Lockingen
-----------	------------------	---------------------

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Vertreter	setze zusätzlich	Inge Fremerey
-----------	------------------	---------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

